

Bern, den 17. August 2023

Medienkonferenz Travail.Suisse – Greta Gysin, Präsidentin transfair
Es gilt das gesprochene Wort.

DIE KAUFKRAFT DER ANGESTELLTEN DES SERVICE PUBLIC MUSS ERHALTEN WERDEN

Die Prognosen für die durchschnittliche Jahresteuern 2023 belaufen sich erneut auf über 2 Prozent. Dies, nachdem das Jahr 2022 mit einer Teuerung von 2,8 Prozent abgeschlossen hatte. Auch wenn die Lohnresultate im Service Public letztes Jahr mehrheitlich zufriedenstellend ausfielen, konnte die Teuerung in keiner Branche vollständig ausgeglichen werden. Deshalb lautet die Forderung von transfair: Die Teuerung 2023 muss ausgeglichen und die Reststeuerung 2022 nachvergütet werden.

Die Schweiz befindet sich für ihre Verhältnisse weiterhin in einem Teuerungshoch. Nach einer durchschnittlichen Jahresteuern von 2,8 Prozent 2022, belaufen sich die Prognosen für 2023 erneut auf eine Teuerung von über 2 Prozent. Es bleibt damit finanziell düster und das Leben wird weiter teurer in der Schweiz. Dies bekommen auch die Angestellten des Service Public zu spüren. Insbesondere die Mietzinsanstiege, aber auch die endlos ansteigenden Krankenkassenprämien reissen Löcher in die Portemonnaies.

transfair verhandelte letztes Jahr zu grossen Teilen zufriedenstellende Lohnresultate in seinen Branchen, die Teuerung wurde jedoch in keiner Branche vollständig ausgeglichen. Damit spitzt sich die finanzielle Situation der Angestellten des Service Public weiter zu. Und das, obwohl die Anforderungen an die Mitarbeitenden steigen: Dauernde Reorganisationen, der Fachkräftemangel sowie diverse Sparmassnahmen führen zu einer zunehmenden Arbeitslast. Mehr Stress und mehr Arbeit, ohne dass als Grundlage die Teuerung ausgeglichen und damit die Kaufkraft der Mitarbeitenden erhalten wird, ist für transfair nicht tragbar. Deshalb liegt dieses Jahr der Fokus in den Lohnverhandlungen klar auf dem Erhalt der Kaufkraft der Angestellten des Service Public und somit auf dem vollständigen Teuerungsausgleich.

Post/Logistik: Die Teuerung im Fokus

Für generelle und individuelle Lohnmassnahmen wurden bei der Post für 2023 insgesamt 2,5 Prozent verhandelt. Die tieferen und mittleren Lohngruppen profitierten von höheren generellen Lohnerhöhungen, während bei den höheren Einkommen mehr Mittel für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung standen.

Das Geschäftsergebnis 2022 zur Halbzeit der Strategie «Post von morgen» zeigt durchaus robuste Werte. Das Betriebsergebnis der Post liegt mit 358 Millionen Franken zwar unter demjenigen des starken Vorjahres, dies ist aber vor allem auf die Krisen der letzten Jahre zurückzuführen. Bemerkbar macht sich das bei den schwankenden Paket- und Briefmengen. Deshalb ist es transfair ein Anliegen, die Post nicht unverhältnismässig zu belasten und realistische Lohnforderungen aufzustellen. Im Fokus steht, die gestiegenen Kosten der Mitarbeitenden, insbesondere die Anstiege bei den Mieten und Krankenkassenprämien, zu kompensieren.

Die Mitarbeitenden der Post beweisen täglich ihr unermüdliches Engagement unter teils harten Arbeitsbedingungen. Dies, obwohl sie den finanziellen Druck des Unternehmens in gewissen Bereichen direkt zu spüren bekommen. Sei es die mangelnde Planungssicherheit bei Logistik-Services, die unter anderem für die Logistik von Briefen, Zeitungen sowie Paketen zuständig sind oder der gestiegene Leistungsdruck bei PostNetz in den Filialen der Regionen.

transfair fordert deshalb in seiner Branche Post/Logistik den Ausgleich der Teuerung.

ICT: Von guten Geschäftsergebnissen sollen auch die Mitarbeitenden profitieren

2023 erhöhte Swisscom die Lohnsumme um insgesamt 2,6 Prozent, mit einem generellen Anteil von 1,3 Prozent. Der Rest wurde für individuelle Lohnerhöhungen verwendet. Tiefere Einkommen erhielten einen höheren Anteil der Lohnsumme als Angestellte mit höheren Einkommen.

Während transfair eine solidarische Verteilung der Lohnsumme begrüsst, war der generelle Anteil mit 1,3 Prozent bei einer Jahresteuern von 2,8 Prozent eindeutig zu tief. Dies insbesondere in Anbetracht der wiederholt positiven Geschäftsergebnisse der Swisscom. Der Jahresbericht 2022 weist einen Zuwachs bei Umsatz, EBITDA sowie Reingewinn aus und auch der Ausblick für 2023 stimmt zuversichtlich.

Und dennoch waren die Lohnmassnahmen für 2023 eher bescheiden. Das soll sich 2024 nicht wiederholen. Denn gerade in der ICT-Branche müssen Arbeitgebende besonders attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, um weiterhin gute Arbeitskräfte anzuziehen. Stellen können bereits jetzt länger als üblich nicht neu besetzt werden, weshalb die Mitarbeitenden mehr Aufgaben übernehmen müssen. Diese Belastungen spitzen sich durch den ständigen Anpassungsdruck aufgrund der Digitalisierung und Reorganisationen noch zu. transfair erscheint es bei diesen Mehrbelastungen und guten Geschäftsergebnissen nur fair, die Mitarbeitenden am Erfolg des Unternehmens teilhaben zu lassen und sie mit einer entsprechenden Lohnerhöhung wertzuschätzen.

transfair fordert deshalb in seiner Branche ICT als Grundlage den Teuerungsausgleich 2023 inklusive der Reststeuerung 2022.

Öffentliche Verwaltung: Nicht auf Kosten des Personals sparen

Im Voranschlag 2023 budgetierte der Bund für den Teuerungsausgleich 2 Prozent. Aufgrund der hohen Teuerungsprognosen 2022, einigten sich die Sozialpartner und Alt-Bundesrat Ueli Maurer schliesslich auf einen Teuerungsausgleich von 2,5 Prozent. Für die Differenz von 0,5 Prozent musste im Parlament ein Nachtragskredit beantragt werden. Diesen hat das Parlament in der Sommersession versenkt. Nun müssen die 0,5 Prozent von den Ämtern selbst finanziert – sprich erspart – werden, was den Druck auf das Personal weiter erhöht. Verschlimmert wird die Situation aufgrund der finanziellen Lage des Bundeshaushalts. Für 2022 wies der Bund ein Minus in Milliardenhöhe aus. Um das bestehende strukturelle Defizit zu tilgen, spart der Bund unter anderem beim Personal. Geplant sind Sparmassnahmen bei Personal- und Sachkrediten in der Höhe von 0,5 Milliarden, was zu Kürzungen von 2 Prozent führt.

Das Bundespersonal leistet damit immer mehr mit weniger Ressourcen und das Finanzdepartement zeigt sich immer weniger bereit, die Teuerung auszugleichen. So kann es nicht weitergehen: Der Teuerungsausgleich galt beim Bund stets als Grundlage eines guten Arbeitgebenden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und der anstehenden hohen Pensionierungszahlen, muss auch die Bundesverwaltung weiterhin attraktiv bleiben.

Deshalb fordert transfair für 2024 in der Bundesverwaltung und im ETH-Bereich den Teuerungsausgleich 2023, sowie den Ausgleich der ausstehenden Teuerung des Vorjahres.

Öffentlicher Verkehr: Finanzielle Lage bleibt angespannt

transfair einigte sich im letzten Jahr mit der SBB und SBB Cargo auf eine Erhöhung der Lohnsumme um total 3,3 Prozent. Davon setzten SBB und SBB Cargo 1,8 Prozent für generelle und 1 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen ein. 0,5 Prozent erfolgten in Form von Einmalprämien. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der SBB, unter anderem wegen steigenden Energiekosten und einem immer noch reduzierten Fahrgastaufkommen, zeigte sich transfair mit dem Ergebnis zufrieden.

Gemäss Angaben der SBB hat sich die Situation nun aber etwas entspannt und es reisen wieder deutlich mehr Personen mit dem Zug, was die Einnahmen stärkt. Zudem hat transfair die Preiserhöhungen im öV zur Kenntnis genommen, welche zum Teil mit den steigenden Lohnkosten begründet werden. Bedauerlicherweise steht diesen Lichtblicken eine geplante Kürzung des Bundes bei den Abgeltungen im regionalen Personenverkehr ab 2024 gegenüber, was für transfair inakzeptabel ist. Auch wenn sich die finanzielle Lage nur langsam entspannt, sind es am Ende des Tages die Mitarbeitenden, die den öV mustergültig betreiben. Denn die Kundenzufriedenheit und die Pünktlichkeit sind weiterhin sehr gut. Damit das auch so bleibt, müssen die Mitarbeitenden die Wertschätzung erfahren, die ihnen leider nicht immer entgegengebracht wird: Belästigungen, Bedrohungen und Tätlichkeiten verharren auf hohem Stand. Zusätzlich belastet werden die Mitarbeitenden aufgrund der sich teilweise häufenden langen Dienstschichten.

Unter Berücksichtigung aller Faktoren fordert transfair von den öV-Unternehmen grundsätzlich den Teuerungsausgleich 2023 sowie die Nachgewährung der Reststeuerung 2022. Zusätzlich sind notwendige Mittel für die Alimentierung der Lohnsysteme vorzusehen.

Zusammenfassend steht für transfair bei den diesjährigen Lohnverhandlungen klar der vollständige Teuerungsausgleich im Zentrum, um die Kaufkraft der Angestellten des Service Public zu erhalten.

Für weitere Informationen:

Greta Gysin, Präsidentin von transfair, 079 409 33 10.